

Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Daresalam
1. April 1908.

Erscheint
zweimal
wöchentlich.

Abonnementspreis

für Daresalam vierteljährlich 4 Rúp., für die übrigen Teile von Deutsch Ostafrika vierteljährlich einschließlich Porto 5 Rúp. Für Deutschland und sämtliche anderen deutschen Kolonien vierteljährlich 6 Rúp. Für sämtliche anderen Länder halbjährlich 11 Rúp. — Bestellungen auf die D. O. A. Zeitung werden sowohl von der Hauptexpedition in Daresalam (D. O. A.) als von der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 Alexandrinenstr. 93/94 entgegengenommen. — Bei Bestellungen entspricht sich der Betrag: „Zahlung unter Kreuzband direkt von Daresalam,“ da dies der schnellste Expeditiionsweg ist. Im Interesse einer pünktlichen Expedition wird möglichst im Vorausbezahlung der Bezugsgebühren gebeten. Wird ein Abonnement nicht abbestellt, gilt dasselbe bis zum Eintreffen der Abbestellung als stillschweigend erneuert.

Insertionsgebühren

für die 5-spaltige Zeile 50 Pfennige. Mehr als 50 Pfennige für ein einmaliges Inserat 2 Rúp. oder 3 Mark. Für Kommitteenanfragen sowie größere Inseratsaufträge tritt eine entsprechende Preisermäßigung ein.

Die Annahme von Anzeigen- und Abonnements-Aufträgen erfolgt sowohl durch die Hauptexpedition in Daresalam als durch die Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 Alexandrinenstr. 93/94. Abonnements werden außerdem von sämtlichen Postanstalten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns angenommen. Poststellungsstelle Seite 81. Telegramm-Adresse für Daresalam: Zeitung Daresalam. Telegramm-Adresse für Berlin: Drochler Berlin Alexandrinenstraße.

Jahr-
gang X.

No. 23.

Au unsere Leser!

Wir erlauben uns, an die Erneuerung der am 31. März abgelaufenen Abonnements ergebenst zu erinnern.

Neu hinzutretenden Abonnenten, welche ihren dauernden oder vorübergehenden Wohnsitz in Europa haben, geben wir bekannt, daß die Expedition der Zeitung auch bei Bestellungen, welche an unsere Berliner Geschäftsstelle gerichtet werden, auf Wunsch unter Kreuzband direkt von Daresalam erfolgt.

Anfragen, Bestellungen und Zahlungen, welche aus Deutschland überhaupt Europa an die Deutsch-Ostafrikanische Zeitung zu richten sind, bitten wir wegen der schleunigeren Erledigung derselben an unsere Berliner Geschäftsstelle unter folgender Adresse richten zu wollen:

Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42. Alexandrinenstraße 93/94.

Die Expedition der Deutsch-Ostafrik. Ztg.

Arbeiterfrage und Tabora-Bahn.

Die Seeschlange, welche unsere Kolonie verpestet und deren respektabler Kopf in Usambara liegt, heißt: die Arbeiter-Kalamität.

Es muß zweifelsohne zugestanden werden, daß die Regierung in dieser Beziehung einer Politik nachgeht, welche die Unsicherheit in puncto farbiger Arbeitskräfte zu fördern geeignet ist.

Dennoch scheint es, daß dieser Arbeiter-Mangel auch noch andere Gründe hat, nämlich falsche (nicht etwa schlechte) Behandlung der Leute und das Fehlen der Organisation eines Arbeiter-Versorgungs-Amtes.

Man glaube nicht, daß diese Ansichten so eine Art Gemeinplatz darstellen sollen. Nein, einige kleine Geschehnisse jüngsten Datums zeigen den Beweis für deren — teilweise — Richtigkeit.

Nämlich eine ganz originelle Fehde, dem Laien unsichtbar, ging neulich durch die ostafrikanische Presse. Ein früherer Mittelbeamter hat für seine Plantagenanlagen überreichlich Arbeiter. Dies weiden ihm andere Unternehmungen bzw. deren Leiter. Sogar durch die Presse. In dem sie sagen, das Beamtenparasit, welches dem früheren arbeitsergegneten Serkal-Mann noch anhaftet, zöge ihm die schwarzen menschlichen Arbeitsmaschinen heran. Zu deutsch: Indirekter Druck. Das stimmt aber nicht. Stimmt gerade zu dieser Zeit nicht. Man fragt, warum? Nun, weil frühere Oberbeamte, denen absolut nicht allzuviel daran liegt, ihr früheres Kolonial-Gnadenamt unter den Scheffel zu stellen, keine Arbeiter bekommen. Namen sind verpönt. Wir alle aber wissen's hier draußen.

Sie ist verführerisch, ganz vielleicht politisch bedenklich, die Behauptung, daß überall in der Kolonie, wo der amtliche Chef des betreffenden Bezirks kein Paragrafen-Jetischist und dazu noch ein Mann ist, die Anwerbung von Arbeitern durchaus kein Genie erfordert. Schade, daß man aus Vernunftgründen die Namen der vielen Tüchtigen unter den ostafrikanischen Regierungspräsidenten der Wilhelmstraße nicht in den Mund schmieren darf.

bleiben wir auch für den zweiten Punkt, die geforderte Notwendigkeit der Arbeiter-Versorgungs-Organisation, mitten in der Tagesgeschichte.

Wie ist es möglich, daß heute — wörtlich genommen heute — Plantagen unter Arbeiter-Mangel leiden. Bei Bedingungen mit 13—15 Rúp. Monatslohn für halbjährige Tätigkeit.

Das ist aber der Fall. Man liest Inserate, man liest Artikel und vor allem — man hört heute persönliches Lamentieren. In Wirklichkeit ist das unberechtigt. Es giebt Arbeiter in Hülle und Fülle. Vielleicht nicht gerade Wanyamwezi's. Aber denn doch Arbeiter. Das kommt aber nur daher und wird so bleiben, ehe wir nicht ein vernünftiges Kolonienbesetztes Arbeiterkommissariat — und die Tabora-Bahn haben.

Diese beiden Faktoren heißen: Behebung der Arbeiter-Not oder besser gesagt: Behebung der Non-Stabilität in dieser Arbeiter-Frage.

Den Pflanzern fehlt eben die Adresse, an die sie sich zu wenden haben, um die farbigen Hände für die Bestellung ihres Feldes zu finden.

Wenn den Pflanzern damals aus irgend welchen Gründen die Schaffung eines Arbeiter-Kommissariats zu Stande zu bringen, nicht glückte, so lag das eben — na, so lag das eben an vollberechtigten Momenten, die typisch-afrikanischer Natur waren. Die Schuld am Mißglücken hatte keine einzige der drei Parteien. Schuld hatte — Ostafrika. —

Dernburg aber hat die Arbeiterkommissare versprochen. — Wir haben aber schon inoffizielle Arbeiterkommissare, allerdings fern im West. Privatleute in und um Tabora, welche erstklassige Arbeiter zu festen Preisen in beliebigen Quantitäten zu liefern imstande sind. Das erzieht man aus öffentlichen Ankündigungen. Natürlich Kassenzahlung. Also bei der riefigen Entfernung auf Monate voraus. Und das paßt nicht Jedem und der Börse eines Jeden.

Aber haben wir die Tabora-Bahn, dann wird dieselbe gleich gegenbringendem Neger diesen westlichen Arbeiterschlag über die menschenverarmende Ostküste unserer Kolonie streuen und jenen Ausgleich herbeiführen, welcher heißt: Das Ende der Arbeiter-Not.

Nun, das ist Musik einer hoffentlich nächstliegenden Zukunft. Aber: Wer heute Mangel an Arbeitern hat — d. h. nicht etwa mit differenzierten Geschmacksrichtungen, die bald nach Unyamwezi, bald nach Usukuma reichen — der schreibe her. Er schreibt an keinen Menschenhändler, sondern an einen aufrichtigen Europäer, der nicht weiter als ein — überzeugter deutscher Afrikaner ist. W. T. B.

Wie die Britisch-Ostafrikaner ihrem Gouverneur beibringen, was Arbeiterfrage heißt.

Die Engländer sind geriebene Leute. Verstehen es auch, Gesetze zu machen, die — nur für das Ausland gelten und auf die hin und wieder der deutsche Michel glatt hereinkommt. —

So auch in der Arbeiterfrage. Das spürt man leicht, wenn man sich die neuerlichen Vorgänge im Lande unserer britischen Nachbarn anschaut und von denen der East African Standard viel zu erzählen hat.

Am 23. März waren von allen Seiten die englischen Kolonisten nach Nairobi zusammengeströmt, um an der zur Beratung der Arbeiterfrage einberufenen Versammlung teilzunehmen. Um 10 Uhr fuhr der Gouverneur bei der Institute Hall vor, wo das Meeting stattfinden sollte, mit feierlich-ominöser Stille begrüßt. Wenigstens sagt der E. A. St.:

„the cheers, which the Governor of a British Colony is entitled to by virtue of his high office, were forgotten.“

Der Gouverneur eröffnete die Versammlung und sagte u. a., auch er wäre sehr dafür, daß die Eingeborenen arbeiten sollen. Ansiedler, welche in bevölkerten, also arbeiterreichen Gebieten lebten, brauchten ihre Arbeiter nicht mit Decken und Essen versehen. Er schlug für die einzelnen Distrikte inoffizielle Arbeiter-Kommissariate vor und meinte, in Gegenden, wo genügend Leute vorhanden wären, sollten die Ansiedler ihre Arbeiter selbst anwerben u. s. w.

Nach längerem Beratungen wurden der Versammlung zwei Resolutionen zur Annahme empfohlen.

Die eine war von Herrn Anderson-Nombasa, die zweite von Lord Delamere. In beiden wurde die Notwendigkeit betont, daß der Referent für Eingeborenen-Angelegenheiten ein Mann sein müsse, welcher reiche Kolonie-Kenntnisse besäße. Lord Delamere hatte in seiner Resolution außerdem folgendes hervorgehoben:

Diese aus Ansiedlern und sonstigen Arbeitgeber bestehenden Versammlung ist der Ueberzeugung, daß die Fortdauer der jetzigen Eingeborenen-Politik der Regierung für die Entwicklung der Kolonie unheilvoll werden würde und verderblich für alle Personen, welche ihr Kapital in Landbau, Farm- und Pflanzungsunternehmen angelegt hätten; es wäre eine befriedigende Lösung der Arbeiterfrage nicht früher zu erwarten, ehe nicht die durch den Referenten für Eingeborenen-Angelegenheiten herausgegebene neue Arbeitsverordnung wieder aufgehoben sein würde.

Es wird für nötig befunden, daß ein „Arbeits-Zentral-Rath“ eingerichtet würde, in dem eine genügende Anzahl von Arbeitgeberern säße. Keinesfalls dürfe ein höherer Lohnsatz als vor 12 Monaten fixiert werden.“

Der Gouverneur vermochte nur einen ziemlich gewundenen, wenig positiven Bescheid zu geben, der die direkte Unzufriedenheit der Versammlung erregte. Es wurde um drei Uhr eine zweite Zusammenkunft abgeraumt. Darin wurde beschlossen, den Gouverneur telefonisch um einen klaren endgültigen Bescheid zu ersuchen. Als dies ohne Erfolg geschah, faßten die Versammelten den Entschluß, vereint zu der Wohnung des Gouverneurs zu gehen. Dies geschah um 3¹/₄ Uhr. Nach wenigen Minuten erschien derselbe auch im Portal seiner Wohnung. Hier nun verlas Lord Delamere den Beschluß der Versammlung: „Die hier Versammelten als die Vertreter der Interessen sämtlicher Kolonisten verlangen auf ihre Beschlüsse vom Gouverneur eine sofortige unzweideutige verbindliche Antwort.“

Als der Gouverneur wieder um den heißen Brei zu gehen begann, wurden Zurufe laut: er solle sein Amt niederlegen. (resign! resign!)

Schließlich entschloß sich der Gouverneur, am nächsten Tage, den 24. März Mittags 12 Uhr eine Abordnung zu empfangen, welche seine entscheidende Antwort erhalten würde.

Darauf fand eine weitere Versammlung statt, über die wir später berichten werden.

Nun folgt das dicke Ende. Der Gouverneur hat König Eduard nahegelegt, die Namen des Lord Delamere und des Mr. Baillie von der Liste des Gesetzgebenden Rates zu streichen. Außerdem aber die Herren sofort suspendiert, d. h. an die frische Luft gesetzt.

Das Bekanntwerden dieser Nachricht rief einen Ent-rüstungssturm hervor. Unmittelbar danach fand eine Protestversammlung statt. —

Wir Deutsche sind ja nicht so sehr zum Boyen veranlagt. Schade vielleicht. Aber der elementare Ent-rüstungsausbruch sollte doch unsern amtlichen Zukunftskiekern zu denken geben.

Wir sollen doch nicht Politik für 24 Stunden, sondern für 100 Jahre machen.

Graf v. Götzen preussischer Gesandter in Hamburg.

Die Nord. Allg. Ztg. schreibt am 4. März: Für den freigewordenen Posten eines preussischen Gesandten in Hamburg ist der bisherige Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Graf v. Götzen, in Aussicht genommen. Dazu schreibt die Neue Gesellschaftliche Korrespondenz: Die halbamtliche Meldung, daß der Gouverneur z. D. Graf Adolf v. Götzen in den diplomatischen Dienst übernommen werde und dazu außersehen sei, der Nachfolger des bisherigen preussischen Gesandten bei den Hansestädten Hamburg, Lübeck und Bremen, sowie den beiden mecklenburgischen Großherzögümern zu werden, hat in eingeweihten Kreisen nicht überrascht. Man wußte vielmehr seit längerer Zeit, daß Graf Götzen nach Wiederherstellung seiner Gesundheit im diplomatischen Dienste Verwendung finden würde, und daß eine solche Verwendung seinen Wünschen entspräche. Während der beiden letzten Jahre lebte Graf Götzen auf Wartegeld in Gremsmühlen in Holstein. Das Amt eines preussischen Gesandten in den Hansestädten und bei den Häfen von Schwerin und Neustrelitz ist, wie man wohl annehmen kann, politisch nicht sehr verantwortungreich. Immerhin darf daran erinnert werden, daß in den letzten Jahren und Jahrzehnten mehrere Inhaber dieses Amtes über Hamburg hinaus auf sehr wichtige, große Posten gelangten, so der Freiherr von Thielmann, der erst Gesandter in Washington und dann Schatzsekretär wurde, Graf Wolff-Metternich, der jetzt Botschafter in London ist, und Herr von Tschirsky und Bögendorff, der auf dem Umwege über das Staatssekretariat in der Wilhelmstraße Botschafter am Wiener Hofe wurde. — Der bisherige preussische Gesandte in Hamburg, Wirkliche Geheime Rat Dr. Freiherr von Gehling, hat sein Abschiedsgesuch bereits eingereicht. Baron Gehling ist schwer krank und hält sich gegenwärtig in Baden-Baden auf.

Adolf Graf v. Götzen ist am 12. Mai 1866 geboren. Er studierte von 1884 ab in Paris, Berlin und Kiel Rechts- und Staatswissenschaften, trat 1887 als Fahnenjunker in das 2. Garde-Regt. ein und wurde noch im selben Jahre in diesem zum Offizier befördert. 1890 wurde er zur Botschaft in Rom komman-